

Haushaltsrede 2015

von Gemeinderat Matthias Görner am 02.02.2015



Seit dem Jahr 1977 wählt die „Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.“ regelmäßig das „Wort des Jahres“ und stellt damit Begriffe oder sprachliche Wendungen auf das Siegerpodest, die das politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Leben der vergangenen zwölf Monate in besonderer Weise bestimmt haben. Wörter wie Abwrackprämie, Stresstest, Problembär oder Herdprämie zeugen von der Kreativität und vom Einfallsreichtum der deutschen Sprache und haben sich gleichzeitig fest in das kollektive Gedächtnis unserer Gesellschaft eingebrannt. Das Wort des Jahres 2014 steht seit rund sechs Wochen fest und kann einen Überraschungssieg für sich verbuchen: Ursprünglich nicht auf der Vorschlagsliste verdrängte das Wort „Lichtgrenze“ auf der Zielgeraden die lange favorisierte „Schwarze Null“ von Platz eins, obwohl die Debatte um die von Bundesfinanzminister Schäuble formulierte Zielsetzung eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung fast das gesamte politische Jahr 2014 geprägt hat. Trotzdem ist natürlich auch der zweite Sieger besser als jeder andere Begriff als Einstieg in eine Haushaltsrede geeignet.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,**

vielleicht empfinden auch Sie ein gewisses Bedauern darüber, dass Bundesminister nicht wie Profifußballer gehandelt werden. Sicher wären viele von Ihnen dazu bereit, eine nicht unerhebliche Ablösesumme für ein Engagement des Herrn Bundesfinanzministers hier in unserer Gemeinde zu bezahlen, und vielleicht hätte auch Herr Dr. Schäuble Freude an einer heimatnahen Tätigkeit. Es bräuhete nicht unbedingt ein Dauerarbeitsverhältnis zu sein, eine Teilzeitstelle oder ein befristeter Vertrag würden uns vollauf genügen. Interessant wäre jedenfalls, wo der dienstälteste Abgeordnete im Deutschen Bundestag an unserem Haushaltsplanentwurf und an unserem politischen Kurs Korrekturen vornehmen würde, um uns dem Ziel der Vermeidung jeglicher Kreditaufnahme näher zu bringen, denn drei Dinge sind klar:

Auch wir träumen von der „Schwarzen Null“

Wir sehen uns weiter als je zuvor von ihr entfernt

Es ist uns bewusst, dass wir uns den Weg zu der „Schwarzen Null“ nur durch massiven Einsatz des Rotstifts bahnen können.

Drei Wirtschaftspläne und ein Haushaltsplan stehen heute Abend zur Beschlussfassung an. Alle vier bedürfen zu ihrer Finanzierung einer Kreditaufnahme. Als relativ unproblematisch sehen wir dabei die Wirtschaftspläne der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung an. Beide Aufgaben sind Kernelemente der Daseinsfürsorge, die Finanzierung eines neuen Hochbehälters oder der Ertüchtigung der Kanalisation durch Kredite ist durch Gebühreneinnahmen solide gegenfinanziert und verstößt bei einer angesetzten Nutzungsdauer von fünfzig Jahren auch nicht gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit. Somit können wir an dieser Stelle bereits unsere Zustimmung zu den beiden genannten Wirtschaftsplänen signalisieren. Den Planungen im Zusammenhang mit dem Raum- und Betriebskonzept für den Eigenbetrieb „Bauhof“ wollen wir nicht nur lapidar zustimmen, sondern das vorgelegte Programm ausdrücklich unterstützen. Eine Fahrt zum Wertstoffhof genügt, um einen positiven Veränderungsprozess wahrzunehmen – zertrümmerte Autowracks sind verschwunden, die Mitarbeiter des Bauhofs unterstützen die Bürger

bei der Anlieferung und das Areal der einstmals mit leichtem Spott bedachten „Vereinigten Hüttenwerke“ wirkt aufgeräumt und strukturiert. Die für das Jahr 2015 vorgesehenen Investitionen weisen ebenfalls in die richtige Richtung: Mit dem Asphaltieren der bisherigen Schotterflächen und dem Bau zweier Garagen wird sich das Erscheinungsbild des Betriebsgeländes weiter verbessern. Darüber hinaus wird eine zweite Ausfahrt die Verkehrsführung im Bauhof optimieren. Kernstück des Investitionsprogramms für unseren Bauhof ist jedoch ein Neubau des Personalgebäudes, das in diesem Jahr geplant und 2016 realisiert werden soll. Auch wenn unsere Fraktion in diesem Zusammenhang einen Kostenvergleich mit einer Systembauweise anregt befürworten wir dieses Vorhaben nicht nur wegen des desolaten Zustands des bisherigen Gebäudes, sondern auch wegen der Verpflichtung eines jeden Arbeitgebers, seinem Personal Respekt in Form einer optimalen Betriebsausstattung, Organisationsstruktur, Klarheit der Aufgabenstellung und einem sicheren Arbeitsumfeld entgegenzubringen.

Personal ist für unsere Fraktion nicht nur ein Kostenfaktor!

Natürlich ist in diesem Gremium eine Fraktion vertreten, der selbst die Wiederbesetzung einer temporär ausgesetzten Gärtnerstelle ein Höchstmaß an Überwindung abverlangt. Doch selbst deren Parteikollege Dr. Schäuble wird zugeben müssen, dass die sich selbst pflegende Grünanlage oder die sich selbst sanierende Straße noch nicht erfunden sind. Es geht nicht ohne den Faktor Mensch, und ganz besonders ist eine Gemeinde mit einem ehrgeizigen Zukunftsprogramm auf qualifizierte und motivierte Mitarbeiter bei möglichst niedriger Fluktuation angewiesen. Die Besetzung der 2006 gestrichenen Gärtnerstelle ist für unsere Fraktion bei einem Blick auf den Pflegezustand unseres öffentlichen Grüns ebenso unstrittig wie die Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Bauverwaltung für einen Tiefbauingenieur angesichts des vor uns liegenden Arbeitspensums. Schwieriger gestaltet sich leider die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit der neu vorgesehenen Stelle im Ordnungsamt. Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, es waren Defizite im Vollzug sowie die Beobachtung beginnender Verwahrlosungstendenzen auf unserer Gemarkung und im öffentlichen Raum, die unsere Fraktion zum Vorschlag einer Stellenausweitung im Ordnungsamt bewegten. Dass dieser Mitarbeiter nun vorzugsweise für die kommunale Betreuung der Asylbewerber eingesetzt werden soll wird somit die Defizite in der öffentlichen Ordnung nicht lösen. Ganz im Gegenteil, ein Blick in die Zukunft zeigt uns, dass gerade die Regelung des ruhenden Verkehrs in Weingarten dringender Nachbesserungen bedarf.

Sage und schreibe zwölf Bebauungspläne bzw. Bebauungsplanänderungsverfahren sind vom Gemeinderat eingeleitet worden und warten auf ihre Abarbeitung. Ihnen allen ist ein Grundzug gemeinsam: Die bauliche Nachverdichtung. Das Bauen in zweiter Reihe ist mittlerweile zur festen Größe in unserer Gemeinde geworden, und befeuert von auf lange Sicht niedrigen Zinsen wird dieser Trend weiter anhalten. Konkret werden sich also das für Pferdegespanne geschaffene historische Zentrum Weingartens sowie die in den Nachkriegsjahren konzipierten Neubaugebiete bei weiter steigendem Fahrzeugbestand einem zunehmenden Parkdruck ausgesetzt sehen, der bereits heute Bürgersteige blockiert, die schwächsten Verkehrsteilnehmer auf die Fahrbahn zwingt, zahlreiche Nachbarschaftskonflikte auslöst und die städtebaulichen Reize unserer Gemeinde unter einem Gewirr aus Blech begräbt. Nachdem sich im Kampf gegen den Fahrzeugtsunami an unseren Fahrbahnrandern das Baurecht als stumpfe Waffe erwiesen hat und die Neufassung der Landesbauordnung noch mehr an der gelebten Realität vorbeigeht sieht die WBB-Fraktion die einzige Lösung in der Feststellung:

Unser Dorf hat einen städtischen Verdichtungsgrad erreicht.

Also brauchen wir städtische Konzepte, um die Nutzung des öffentlichen Raums zu regeln.

Weingarten hat mit der Schaffung öffentlicher Stellplätze im Zuge der Ortskernsanierung einen erheblichen Beitrag zur Bereitstellung von Parkraum geleistet. Des Weiteren sieht unser

Investitionsprogramm den Erwerb von dreißig weiteren Parkplätzen zur Entlastung der Bahnhofstraße vor und wir werden dafür einen Betrag in Höhe von 600.000 Euro bereitstellen. Auch das Parkhaus am Rathausplatz ist ein weiterer Mosaikstein für den ruhenden Verkehr. Sein Zuschussbedarf steigt stetig und erreicht inzwischen die Größenordnung von 20.000 Euro pro Jahr. Nicht nur angesichts dieser von der Gemeinde erbrachten und geplanten Leistungen, sondern auch aus Gründen der Fairness und Gleichbehandlung gegenüber den Garagenparkern halten wir die Einführung gebührenpflichtiger Ausweise für Dauerparker im öffentlichen Raum flächendeckend für dringend erforderlich. Den Kollaps unserer innerörtlichen Verkehrswege lösen wir nur durch eine Kombination von städtebaulichen Maßnahmen, Aufklärung, dem Apell zu gegenseitiger Rücksichtnahme, sinnvollen Steuerungsmaßnahmen und nicht zuletzt auch durch ein vorbildliches Verhalten derjenigen Mitarbeiter unserer Verwaltung, die das in direkter Rathausnähe gelegen Parkhaus ungenutzt lassen und stattdessen die (noch) gebührenfreien Parkplätze in unserer Ortsmitte ansteuern. Unsere Fraktion scheut sich auch nicht, in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen zu nennen: Allein eine monatliche Gebühr von zehn Euro würde bei einem geschätzten Fahrzeugbestand von rund 6600 Kfz und einem Laternenparkeranteil von nur zehn Prozent Einnahmen in Höhe von rund 80.000 Euro im Verwaltungshaushalt ergeben.

Auf eine Steigerung der Einnahmen sind wir dringend angewiesen, denn sicher wäre auch Herrn Dr. Schäuble selbst bei nur flüchtiger Betrachtung unseres Verwaltungshaushalts dessen Ertragschwäche aufgefallen. Allein 1,2 Mio. Euro jährlich müssten wir im laufenden Betrieb erwirtschaften und dem Vermögenshaushalt zuführen, um einen Substanzverzehr unseres Vermögens zu vermeiden – eine Zielmarke, die wir regelmäßig verfehlen werden. Nichts hält ewig, und der Rost schläft nie. Daher unterstützen wir auch ausdrücklich die Schaffung eines Unterhaltungsbudgets für die gemeindeeigenen Gebäude und Liegenschaften. Regelmäßige Instandhaltung ist ein Zeugnis für umsichtiges und verantwortungsvolles Handeln. Gebäudeschäden nehmen meist einen galoppierenden Verlauf, daher sind sorgfältige Kontrolle und frühzeitige Behebung erkannter Defizite der günstigste Weg zur Erhaltung unseres Anlagevermögens.

Als Beispiel für die dramatischen Folgen vernachlässigter Wartung sei hier nur unser Hallenbad angeführt. Die Frage nach dem Zustand der technischen Anlagen des Walzbachbads zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Haushaltsreden, nun ist es offenkundig: Seit Jahren dringt Wasser in die tragende Betonstruktur des Schwimmbeckens ein. Wir müssen also einerseits die Statik des Beckens einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und andererseits die Undichtigkeiten dauerhaft beseitigen. Dies ist nur durch eine Auskleidung des Beckens mit einer Edelstahlwanne zu bewerkstelligen, und die Verwaltung hat dafür einen Finanzierungsbedarf von rund 600.000 Euro ermittelt. Nach intensiven Beratungen, bei denen auch die Alternative einer Schließung des Bades zur Debatte stand, ist unsere Fraktion zur Freigabe der Mittel für diese aufwendige Reparaturmaßnahme unter der Voraussetzung bereit, dass die übrigen technischen Installationen wie Pumpen, Filter, Verrohrung und Wasseraufbereitung einer sorgfältigen Inspektion unterzogen werden und deren prognostizierte Restlaufzeit mindestens zehn Jahre beträgt. Wir sehen gleichzeitig zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten im Betriebskonzept des Bades, über die wir uns gerne, ohne einen formellen Antrag daraus zu machen, im Rahmen eines Fraktionsgesprächs mit Ihnen, Herr Bänziger, in den nächsten Wochen austauschen würden.

Vielleicht sehen wir die Ausgaben für das Walzbachbad in der Zwischenzeit etwas gelassener, weil andere Einrichtungen und Aufgaben das Hallenbad längst von Platz Eins der Einrichtungen mit erheblichem Zuschussbedarf verdrängt haben. Ohne eine gesellschaftspolitische Diskussion anstoßen zu wollen kann unsere Fraktion die akkumulierten Ausgaben für Kinder- und Jugendbetreuung in Höhe von rund 2,4 Mio. Euro pro Jahr an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, und wir fragen uns, ob wir uns von dem Ziel einer ausgewogenen Politik für alle Altersgruppen und Einwohner Weingartens nicht schon allzu weit entfernt haben. Das Prinzip „Wir legen die Kosten um, damit keiner etwas zu bezahlen braucht“ funktioniert nicht auf Dauer, und die Eltern, die heute ihre Kommune auf Übernahme der Aufwendungen für die Kinderbetreuung verklagen werden in

wenigen Jahren vielleicht als Hauseigentümer mit einer Erhöhung der Grundsteuer konfrontiert oder sie ärgern sich über eine marode Infrastruktur als Folge einer über lange Zeit verschobenen Schwerpunktsetzung. Die WBB steht zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen im Zusammenhang mit dem Kinderförderungsgesetz, stellt aber gleichzeitig fest, dass Standards nicht übererfüllt zu werden brauchen und dass gleichzeitig durchaus eine Nachfrage nach alternativen pädagogischen Konzepten besteht. Bereits im Jahre 1998 hat die WBB zum Beispiel die Einrichtung eines Waldkindergartens beantragt, und angesichts der Wartelisten für solche Plätze in anderen Kommunen sind wir uns nach wie vor sicher, dass ein Waldkindergarten sich auch in Weingarten zur festen Größe entwickeln könnte.

Kernstück jeder Haushaltsplanerstellung ist für die WBB das Investitionsprogramm, in dem sich die Planungsabsichten für die Entwicklung unserer Gemeinde in besonderer Weise widerspiegeln. Wir sind uns sicher, dass der Finanzierungsbedarf der nächsten Jahre in Verbindung mit der Ertragsschwäche des Verwaltungshaushalts tiefste Sorgenfalten auf Herrn Dr. Schäubles Stirn treiben und er fast instinktiv zum Roststift greifen würde. Der Investitionshaushalt für das noch junge Jahr 2015 ist dabei eher ausgenommen, enthält er doch fast nur begonnene oder aufgeschobene Projekte wie den Straßenbau im Neubaugebiet „Moorblick“, die Straßenerneuerung in der Kirchstraße oder den Neubau der Brücke in der Mühlstraße. Als Aufgabe hinzugekommen ist noch die Aufnahme von Asylbewerbern, über die die WBB-Fraktion sachlich und emotionslos beraten und der Verwaltung die Unterstützung bei der Schaffung zweier Einrichtungen signalisiert hat. Der Haushaltsansatz für die Schaffung von Unterkünften liegt bei 1,4 Mio. Euro. Die Absichtserklärungen und geplanten Vorhaben für die Folgejahre 2016 bis 2019 hingegen stürzen unsere Fraktion in einen Abgrund der Ratlosigkeit: Obwohl schon Kürzungen und zeitliche Verschiebungen an unserem Investitionsprogramm vorgenommen wurden ist die für dieses Jahr geplante Kreditaufnahme von 1,0 Mio. Euro nur der Vorgeschmack auf eine weiter steil ansteigende prognostizierte Neuverschuldung in den Folgejahren.

In einer Zeit der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung planen wir eine Verdoppelung unserer Schulden und einen tiefen Griff in unsere Rücklagen – ein klarer Verstoß gegen das Wachstums- und Stabilitätsgesetz.

Aus dieser sich abzeichnenden Zwangslage können wir uns nur befreien, indem wir jedes einzelne Vorhaben nochmals einer kritischen Bewertung unterziehen. Die von Ihnen für unser Weingarten skizzierte Entwicklungsrichtung stimmt und sie unterscheidet sich in ihrer Zielsetzung wohltuend von einem über zwei Jahrzehnte forcierten Wachstumskurs, aber wir können sie nicht im gestreckten Galopp verwirklichen. Ebenfalls werden wir die Ertragskraft unserer Gemeinde nur erhalten beziehungsweise steigern, indem wir gemeinsam eine Kultur des Neinsagens entwickeln und künftig auf den Ausbau weiterer Freiwilligkeitsleistungen verzichten.

Die freiwilligen Leistungen sind das Doping in der Politik: Sie verschaffen demjenigen, der sie fordert, einen unlauteren Vorteil gegenüber denen, die sich an ordnungs- und finanzpolitische Spielregeln halten und sie gefährden auf lange Sicht das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit des Organismus, der sich Gemeinde Weingarten nennt.

Manches für die kommenden Jahre notierte Vorhaben ist daher in unserem fraktionseigenen Haushaltsplan tiefrot markiert oder mit Fragezeichen im XXL-Format versehen. An vorderster Stelle steht hier der Neubau des Kindergartens in der Schillerstraße. Als Alternative schlagen wir die Prüfung einer gemeinsamen Lösung der Kirchen und der Gemeinde am Marktplatz auf dem Grundstück des evangelischen Gemeindehauses vor: Eine Bebauung der in den Bombennächten des zweiten Weltkriegs gerissenen und seit Jahrzehnten klaffenden Lücke in unserer Ortsmitte würde nicht nur unser Zentrum erheblich aufwerten, sondern auch Raum für eine Vielzahl von Funktionen schaffen. Ebenfalls betrachten wir eine allzu aufwendige Kreisellösung bei der „Hefenbrücke“ mittlerweile als sehr kritisch und sehen ein deutliches Einsparpotenzial im Verzicht auf eine Fahrradunterführung oder in einer alternativen Erschließung des Gewerbegebiets

„Sandfeld“. Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Kirchplatzes genießt für uns die Bachmauer mit ihrem schmiedeeisernen Geländer Bestandsschutz – ein heutigen Standards entsprechendes Geländer würde die Optik unserer Ortsmitte dauerhaft ruinieren. Die Notwendigkeit einer neuen Schulaula und einer Mensaerweiterung werden ebenfalls noch fraktionsintern diskutiert. Als Armutsrisiko Nummer Eins sehen wir jedoch die Erschließung des Baugebiets „Kirchberg-Mittelweg“ für unsere Gemeinde an. Ohne alte Gräben wieder aufreißen oder vertiefen zu wollen sei hier nur angeführt, dass sich allein die Kostenschätzung für den Straßenbau bei rund 8,5 Mio. Euro eingependelt hat. Eine Zusammenstellung der seit dem Einstieg in das städtebauliche Wettbewerbsverfahren für dieses Projekt akkumulierten Kosten haben wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt und wir sehen dem Ergebnis mit ganz besonderem Interesse entgegen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, nach einer solchen Vielzahl kritischer Anmerkungen sind wir selbst von unserer eigenen Zustimmung zum Haushaltsplan für das Jahr 2015 geradezu überrascht. Die einzige Erklärung für unser „Ja“ lautet daher: Es existiert eine Vielzahl von Risiken, doch steht diesen auch eine ganze Reihe positiver Faktoren gegenüber: Weingarten hat ein enormes Potenzial als eine der attraktivsten Gemeinden im Umland von Karlsruhe. In unserer Verwaltung und in diesem Gemeinderat herrschen die Transparenz und die politische Kultur, die sich die WBB seit langer Zeit gewünscht hat und zu der sie auch in Zukunft ihren Beitrag leisten will. Die Weingartener Perestroika spiegelt sich nicht zuletzt auch in einem Haushaltsplanentwurf wider, der klare Ansätze für Unterhaltungsaufwendungen enthält und Risiken nicht verbirgt. Besondere Chancen für unsere Einnahmenseite sehen wir in der Weiterentwicklung des Gewerbegebiets „Sandfeld“, und wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand bei der Auswahl und Ansiedlung innovativer Betriebe ohne den latenten Druck der Einnahmenerzielung durch Veräußerung von Grundstücken. Klar betonen müssen wir jedoch, dass ein weiteres Ja zu einer nochmaligen Kreditaufnahme bei unserem Wiedersehen im Februar 2016 mehr als fraglich ist.

Wir betrachten unsere Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 daher als ersten Einstieg in eine Kultur der Austerität und haushaltspolitischen Selbstdisziplin.

Die Fraktion der WBB schließt ihre Stellungnahme mit einem besonderen Dank an alle, die auch dieses Jahr zum Wohlergehen unserer Gemeinde in hauptberuflicher, ehrenamtlicher oder freiwilliger Form beitragen und selbstverständlich auch an Herrn Minister Schäuble, der uns den Einstieg in und den roten Faden durch diesen Wortbeitrag geliefert hat.